

Regierungen brauchen mehr Zeit

Im Streit zwischen der UBS und der US-Steuerbehörde ist noch keine Einigung erzielt worden. Richter Alan Gold hat den Prozessparteien Zeit bis Mittwoch für weitere Verhandlungen zugestanden.

WASHINGTON – Es knackte und rauschte in der Leitung. Eine Telefonistin meinte, es sei «alles ein wenig verrückt heute». Dann meldete sich Stuart Gibson, der Verhandlungsführer des US-Justizministeriums, der Richter Alan Gold über den Stand der Gespräche mit den Vertretern der Schweizer Regierung und der Grossbank UBS informierte. «Es gibt immer noch einige Probleme, die nicht gelöst sind», hielt Gibson nüchtern fest. Am Morgen hatte er um eine Verschiebung der telefonischen Statuskonferenz um drei Stunden gebeten.

Drei Stunden Verlängerung nach einer Woche intensiver Verhandlungen hinter verschlossenen Türen liessen einen Durchbruch erwarten – und dann doch die erneute Bitte um Vertagung des für Montag in Miami geplanten Prozessbeginns. Woran es lag, liessen die Parteien offen. Vermutlich ging es immer noch um die knifflige Aufgabe, ein rechtsstaatliches Verfahren zu vereinbaren, das festlegt, wie die Amerikaner an die nachgesuchten Kundendaten herankommen. Prozessbeobachter spekulieren über Datensätze von 5000 bis 10000 amerikanischen UBS-Kunden, die unter konkretem Betrugsverdacht stehen.

Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 5. März 2009 weist einen denkbaren Weg. Demnach bedarf es unter dem gegenwärtigen Doppelbesteuerungsabkommen in einem Amtshilfesuch der Ame-



Passanten vor dem Sitz der UBS an der Park Avenue in New York. Bild: key

rikaner nicht einer konkreten Namensnennung. Der Betrugsverdacht könnte pauschal formuliert werden. Diese Möglichkeit bestünde nach Ratifizierung des neuen Doppelbesteuerungsabkommens dagegen nicht mehr. Ohne konkrete Identifizierung der Personen wäre dann eine Übergabe von Daten nicht zulässig.

Richter Gold machte aus seiner wachsenden Ungeduld keinen Hehl. Höflich, aber bestimmt signalisierte er den Parteien, falls sie in den nächsten Tagen nicht zügig zu einer Einigung gelangten, sei er bis Mitte September nicht mehr verfügbar. Danach warte ein volles Programm auf ihn. Die Anhörung der Hauptverhandlung könne er frühestens wieder für den 21. September ansetzen.

Keine Geldforderung

Neuer Stichtag ist nun der kommende Mittwoch. Bis dahin wollen die Parteien versuchen, die ausstehenden Probleme zu lösen. Dem Vernehmen nach gehören weitere Geldforderungen an die UBS nicht dazu. Im Vorfeld der Statuskonferenz hatte die amerikanische Seite signalisiert, die US-Regierung strebe keine weitere Strafzahlung an. Die UBS hatte sich im Februar unter anderem bereit erklärt, 780 Millionen US-Dollar Busse zu zahlen, um einen Strafprozess zu vermeiden.

Mit der erneuten Verschiebung des Prozessbeginns auf den 17. August erledigen sich auch Spekulationen, wonach eine Einigung bereits besteht, deren Einzelheiten nur vor der Öffentlichkeit zurückgehalten werden. Stattdessen stehen die Parteien nun unter Druck, bis Mittwoch zu einem Ergebnis zu kommen. Gibson, der die Verhandlungen für die US-Regierung führt, bleibt optimistisch: «Die Parteien arbeiten daran und wollen ihre Gespräche fortsetzen.» | THOMAS SPANG

NACHGEFRAGT



Peter V. Kunz
Professor für
Wirtschaftsrecht, Bern

«Ich rechne damit, dass die USA nachgeben werden»

Der Zustand der Ungewissheit in Sachen UBS-Vergleich hält an. Wer profitiert davon?

Eindeutig die Amerikaner, denn sie wissen: Je länger das Verfahren andauert, desto mehr US-Kunden der UBS werden sich freiwillig selber anzeigen.

Was könnten die Hauptknackpunkte bei diesen Verhandlungen sein?

Ich halte es für wenig wahrscheinlich, dass derzeit die Frage einer Busse oder einer Einschränkung der Geschäftstätigkeit der UBS in den USA ein Thema ist. Ich befürchte aber, dass die Rechtsvorstellungen zur Herausgabe der Kundendaten diametral auseinandergehen. Die Amerikaner wollen möglichst schnell Kundendaten herausbekommen und sicher sein, dass sie die Daten auch tatsächlich erhalten. Die Schweizer Seite hingegen beharrt auf der Durchführung eines Amtshilfesuchverfahrens. Wenn ein Vergleich erzielt werden will, muss eine Seite in dieser Frage deshalb ganz erheblich nachgeben.

Das heisst also: Entweder akzeptieren die Amerikaner den Schweizer Weg des Amtshilfesuchverfahrens oder die Schweiz zeigt sich plötzlich bereit, Bankdaten ohne formelles Verfahren herauszugeben.

Ganz genau, so ist es. Ein formelles Verfahren geht den Amerikanern zu lange und deshalb machen sie jetzt auch entsprechend Druck. Auf der anderen Seite dürfte auch die Schweiz kaum von ihrer absolut legalen Position abrücken wollen.

Und wer wird dennoch nachgeben?

Ich persönlich rechne damit, dass am Schluss die amerikanische Seite nachgeben wird. Denn mit der Selbstanzeige von vielen Steuersündern, haben die Amerikaner ihr eigentliches Ziel schon erreicht. Es ist von daher nicht notwendig und auch nicht im Interesse der USA, dass sie einen befreundeten Kleinstaat mit einer systemrelevanten Bank fertigmachen. Nicht zuletzt, weil man selber zu stark auf die Schweiz und ihre Banken angewiesen ist. Dennoch gehen die USA ans Limit. Und zwar deshalb, weil sie wissen, dass dieses Vorgehen von vielen Leuten und Banken als Präjudiz angesehen wird. | INTERVIEW: THOMAS MÜNZEL

SNB: Abkommen über Goldverkäufe

FRANKFURT/MAIN – 19 Zentralbanken Europas, darunter die Schweizerische Nationalbank (SNB), haben ein weiteres fünfjähriges Abkommen über Goldverkäufe abgeschlossen. Die jährlichen Verkäufe werden demnach 400 Tonnen nicht übersteigen. Das gesamte Verkaufsvolumen in dem am 27. September beginnenden Fünf-Jahres-Zeitraum soll nicht über 2000 Tonnen Gold hinausgehen. Die letzte Vereinbarung von 2004 hatte ein Maximalgewicht von 2500 Tonnen und eine jährliche Limite von 500 Tonnen vorgesehen.

Die Unterzeichneten nahmen die Absicht des Internationalen Währungsfonds zur Kenntnis, 403 Tonnen Gold zu verkaufen. Diese Verkäufe sollen innerhalb der neu vereinbarten Limite getätigt werden. Die Vereinba-

rung wird nach fünf Jahren überprüft, wie es in einer gemeinsamen Erklärung heisst.

Die Schweizerische Nationalbank ergänzte, sie plane für die absehbare Zukunft keine weiteren Goldverkäufe. Die Nationalbank verfügt zurzeit über einen Goldbestand von 1040 Tonnen und hält damit einen wesentlichen Teil ihrer Währungsreserven in Form von Gold. Sie hatte im vergangenen September einen im Juni 2007 angekündigten Verkauf von 250 Tonnen Gold abgeschlossen.

Zwischen Mai 2000 und Ende März 2005 hatte die SNB ihren ursprünglichen Goldbestand halbiert und 21 Milliarden Franken für überschüssige 1300 Tonnen gelöst. Das Geld wurde nach jahrelangem Seilziehen an Bund und Kantone verteilt. (ap)

Deutsche Exporte legen wieder zu

WIESBADEN – Auch wenn die neuesten Daten zur Konjunkturentwicklung in Deutschland widersprüchlich scheinen, zeichnen sich immer mehr positive Trends ab. Der deutsche Wirtschaftsmotor Export ist wieder angesprungen, im Juni gab es ein überraschend hohes Plus von 7 Prozent gegenüber dem Vormonat. Es war das stärkste Exportplus in einem Vormonatsvergleich seit September 2006 (7,3 Prozent), wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Der Branchenverband BGA sprach von «klaren Zeichen der Erholung», und Ökonomen sehen ein regelrechtes «Comeback» des Aussenhandels.

Dagegen ist die Industrieproduktion im Juni wider Erwarten nicht gewachsen. Die Erzeugung blieb preis- und saisonbereinigt unverändert, wie

das deutsche Wirtschaftsministerium mitteilte. Bereits am Donnerstag hatte das Wirtschaftsministerium bekannt gegeben, dass der Auftragseingang der Industrie im Juni aber mit 4,5 Prozent so stark zugelegt hat wie zuletzt vor fast zwei Jahren. Darum erwarten Ökonomen nun, dass die Produktion ihren Tiefpunkt durchschritten hat.

Allerdings treibt die Rezession der letzten Monate viele Unternehmen in die Pleite. Laut Statistischem Bundesamt stieg die Zahl der Firmeninsolvenzen im Mai um 14,9 Prozent auf 2663. «Die grosse Insolvenzwelle beginnt gerade», erklärte der Insolvenzverwalterverband. «Die Abwärtsspirale wird dadurch befeuert, dass Insolvenzen Folgeinsolvenzen nach sich ziehen», erläuterte VID-Vorsitzender Siegfried Beck. (ap)

Opel-Bieter Magna mit roten Zahlen

NEW YORK – Der Opel-Bieter Magna hat wegen der Krise auf dem Automarkt das zweite Quartal nacheinander rote Zahlen eingefahren. Der kanadisch-österreichische Zulieferer gab gestern einen Verlust von 405 Millionen Dollar für das erste Halbjahr und von 205 Millionen Dollar für das zweite Quartal bekannt. In den ersten sechs Monaten 2008 hatte Magna noch ein Gewinn von 434 Millionen ausgewiesen. Der Umsatz brach im zweiten Quartal um 45 Prozent auf 3,7 Milliarden Dollar ein und lag deutlich unter den Erwartungen der Wall Street. Das vom Österreicher Frank Stronach gegründete Unternehmen ist beim Poker um Opel mit der russischen Sberbank und dem russischen Autohersteller Gaz im Bunde. Das Konsortium will 55 Prozent an Opel übernehmen, wobei Magna und Sberbank jeweils 27,5 Prozent der Anteile erhalten sollen. Gaz könnte später die Anteile der Sberbank übernehmen. (ap)

«Zurich»-Chef Senn setzt auf Bewährtes

Martin Senn, der künftige Chef des «Zurich»-Versicherungskonzerns, hat sich gestern zur bisher erfolgreichen Strategie des Schweizer Direktversicherers bekannt.

ZÜRICH – In einer Telefonkonferenz erklärte Senn, er werde zusammen mit dem ganzen Team und den verschiedenen Führungsgremien weiterhin in disziplinierter Art und Weise am künftigen Erfolg der «Zurich» weiterarbeiten. Seinen Vorgänger James Schiro würdigte er als hervorragenden Leader und grossartige Persönlichkeit. Es sei für ihn beruflich wie persönlich ein Privileg gewesen, mit Schiro zusammenzuarbeiten, sagte der Schweizer Topmanager.

Der Ende Jahr zurücktretende 63-jährige Amerikaner Schiro zeigte sich erfreut über Senns Ernennung. Er sei

überzeugt, dass die «Zurich» auch unter Senns Führung erfolgreich sein werde. Auf die Zusammenarbeit mit Senn in der Übergangszeit freue er sich, sagte Schiro, der den «Zurich»-Konzern seit Mai 2002 führt. Senn ist seit 2006 als Chief Investment Officer und Mitglied der Konzernleitung verantwortlich für die Anlagepolitik der Zurich Financial Services AG.

Laut deren Verwaltungsratspräsident Manfred Gentz verfügt Senn über ein tiefes Marktverständnis und die Fähigkeit, auf der bestehenden Strategie weiter aufzubauen. Zudem könne Senn ein Gleichgewicht zwischen den Interessen unterschiedlicher Stakeholder – Belegschaft, Kunden und Aktionären – schaffen. Dank seiner langjährigen Auslandsfahrung habe er die Fähigkeit, multikulturelle Teams zu leiten. Senns Ernennung sei firmenintern in ersten Reaktionen «sehr positiv» aufgenommen worden, sagte Gentz weiter und zeigte sich über-



Der designierte CEO der «Zurich»-Versicherungen: Martin Senn. Bild: key

zeugt, dass das Führungsteam weiterhin so gut zusammenarbeiten werde wie bisher.

Senns Ernennung löste am Markt eine gewisse Überraschung aus, da der Zurich-Chief-Risk-Officer Axel Lehmann und Finanzchef Dieter Wemmer sowie die frühere Conventium-Chefin Inga Beale favorisiert worden waren. Laut der Zürcher Kantonalbank war auch über einen Versicherungsfachmann aus dem angelsächsischen Raum spekuliert worden.

«Solide Wahl»

Insgesamt nahm die Finanzgemeinde Senns Ernennung wohlwollend auf. Die Bank Vontobel sprach von einer soliden «schweizerischen» Wahl für eine globale Versicherungsgesellschaft mit Schweizer Wurzeln. Einig waren sich die Analysten auch darin, dass die mit den Spekulationen über Schiros Nachfolge einhergehende Unsicherheit ausgeräumt sei. (ap)